

**Annoncen-**  
**Annahme-Bureau:**  
In Posen  
außer in der Expedition  
bei Krupski (C. H. Illrich & Co.)  
Breitestraße 14;  
in Gnesen  
bei Herrn Th. Spindler,  
Markt- u. Friedrichstr. 4;  
in Grätz bei Herrn L. Streisand;  
in Frankfurt a. M.;  
G. J. Dunke & Co.

**Abonnement-**  
**Mitnahme-Büro:**  
in Berlin, Königsberg,  
Riga, München, in Söllan;  
Rudolph Weißer;  
in Berlin, Breslau,  
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,  
Wien u. Basel;  
Hausenstei & Vogler;  
in Berlin;  
P. Seelmayr, Schlossplatz;  
in Breslau: Emil Habach.

# Posener Zeitung.

Sechsundsechzigster Jahrgang.

Nr. 107.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahmen der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sr. — Bezahlungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslands an.

Mittwoch, 5. März  
(Erscheint täglich zwei Mal.)

Zusätze 2 Sr., die schallgehaltene Zelle oder deren Raum, dreigeklappt, Maßlängen 5 Sr., sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr vorabtagt abgenommen.

1873.

## Amisches.

Berlin, 4. März. Der Kaiser hat den bisherigen grossherzogl. medienb. Intendantur-Rath Platau, bei Übernahme in den preuß. Intendantur-Dienst in der Charge als Militär-Intendantur-Rath bestätigt.

## Telegraphische Nachrichten.

Wiesbaden, 4. März. Wie verlautet ist die Abreise des Kronprinzen und der Frau Kronprinzessin nunmehr definitiv auf Montag, den 10. März, Vormittags, festgesetzt worden.

Dresden, 4. März. In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer kam der von der Regierung vorgelegte Gesetzentwurf wegen Änderung der Verfassung zur abermaligen Beratung. Von der linken Seite des Hauses sprachen sich die Abgeordneten Streit, Wigard, Biedermann und Ludwig gegen die von der ersten Kammer beschlossene Verwerfung der Gesetzesvorlage aus, worüber auch der Abg. Gaberkorn namens der Rechten sein Bedauern ausdrückte und das Festhalten am Entwurf befürwortete. Hierauf wurde von der Kammer einstimmig die Aufrechterhaltung der Vorlage beschlossen. Im weiteren Verlaufe der Sitzung beschloss die Kammer, die Regierung um Zurückziehung des Steuerreformentwurfs und um Einbringung einer neuen Vorlage im nächsten Landtag zu ersuchen. Ueber die Grundlagen derselben soll in der morgen stattfindenden Sitzung berathen werden. — Ein neuerdings erlassenes königliches Dekret fest den Schluss der Session des Landtags auf nächsten Sonnabend fest.

Leipzig, 4. März. Der Ausschuss des Buchdruckervereins hat aus allen Theilen Deutschlands Zustimmungsverklärungen mit dem Versprechen, daß den dem Verbande angehörigen Gehilfen bis zum 8. März c. gekündigt werden soll, erhalten. Solche Erklärungen sind eingegangen von sämtlichen Vereinsmitgliedern in Magdeburg, Braunschweig, Breslau, Chemnitz, Stuttgart, Karlsruhe, Freiburg, Heidelberg, Straßburg, May, Lahr, aus zahlreichen anderen Städten des Südwestens und allen grösseren Städten Schleswig-Holsteins. Die drei grössten Firmen Kölns haben zugleich das Rheinland aufgefördert, den Gehilfen, welche Verbandsmitglieder sind, zu kündigen.

Weimar, 4. März. In der heutigen Sitzung des Landtages erklärte der Staatsminister Thon auf eine Interpellation betreffend das Papiergeld in den thüringischen Staaten, die Regelung der ganzen Angelegenheit sei von Reichs wegen in nächster Zeit zu erwarten, voraussichtlich werde die Frage schon den demnächst zusammentretenden Reichstag beschäftigen. — Zu den über den Bau einer Eisenbahn von Hof nach Erfurt nebst dazu gehörigen Zweigbahnen abgeschlossenen Verträgen hat der Landtag seine Zustimmung ertheilt.

Stuttgart, 4. März. Die Spezialkommissionen der Abgeordnetenkammer für die Metabolismusvorlage hat beschlossen die Ablehnung der von der Regierung geforderten Metabolismuskosten im weiteren Sinne, für die Anschaffung neuer Gewehre und Geschütze zu beantragen, um nicht den Beschlüssen des künftigen Landtages und der Reichsregierung vorzugreifen, die noch unentschlossen scheine, ob nicht das Metabolismus im weiteren Sinne auf das Reich zu übernehmen sein würde. Bezüglich des Metabolismus im engeren Sinne, d. h. der Kosten der Ergänzung des durch den Krieg abgängig gewordenen Materials u. s. w., stimmt die Kommission im Wesentlichen den Regierungsvorschlägen zu.

Straßburg, 4. März. Durch Verordnung des Bezirkspräsidenten ist für die Gemeinde Gereuth im Weilerthal die weitere Abhaltung von religiösen Versammlungen im Freien, wie dergleichen aus Anlass, s. g. Wunderscheinungen stattgefunden hatten, verboten worden. — Für nächsten Montag soll in den grösseren hiesigen Buchdruckereien der Ausbruch eines Strikes bevorstehen.

Wien, 4. März. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht in ihrem amtlichen Theile die Ernennung des Grafen Géza Szapary zum Gouverneur von Fiume. — In dem Prozesse Kreischovskij wurde vom Staatsanwalte der Antrag gestellt, die beiden Angeklagten wegen Betruges zu 5jähriger schwerer Kerkerstrafe zu verurtheilen. — Die Meldung eines pariser Blattes über Veränderungen, die in der diplomatischen Vertretung Österreichs in Paris und London bevorstehen sollen, wird von gut unterrichteter Seite als ganz unbegründet bezeichnet. — Die zweite Lesung der Wahlreformvorlage ist für nächsten Donnerstag auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses gesetzt.

Genf, 4. März. Das „Journal de Genève“ veröffentlicht die von einer, aus 300 nationalgesinnten Katholiken bestehenden, Versammlung an den Pater Hyacinth gerichtete Einladung, sich in Genf einzufinden, sowie die Antwort des Letzteren, daß er zu den gewünschten Besprechungen und Konferenzen in Genf eintreffen werde.

Versailles, 4. März. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung nahm der Präsident Thiers das Wort. Er sprach sich im Wesentlichen im Sinne der von Dufaure in der Sonnabendssitzung abgegebenen Erfahrungen aus und hob besonders hervor, daß die vorgeschlagenen Reformen nur der Republik zu Statten kommen würden. Nach Beendigung seiner Rede wurde die Einleitung zu dem Gesetzentwurf der Dreifigter-Kommission mit 475 gegen 199 Stimmen von der Versammlung angenommen.

Madrid, 3. März. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Castellar, legte in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung einen Gesetzentwurf betreffend die offizielle Wiederherstellung der spanischen Gesellschaft in der Schweiz vor. — Dem „Imparzial“ aufgezeigt sich Truppenabteilungen, welche die Karlisten in der Provinz Lerida verfolgen sollten, ihren Führern Gehorsam zu leisten. Eine Kommission, aus Deputirten der betreffenden Provinz bestehend, hat sich sofort dahin begeben, um die Ordnung wieder herzustellen.

## Neueste Depeschen.

Versailles, 4. März. Die Rede Thiers' besagt im Wesentlichen, daß Dufaure dem eigentlichen Gedanken der Regierung Ausdruck gegeben habe. Er werde dessen Erklärungen weder verbessern, noch ändern, sondern nur vervollständigen. Den Gesetzentwurf der Dreifigter-Kommission nehme er vollständig an. Das Hauptgewicht müsse er auf Artikel 4 legen, nicht etwa um die gegenwärtige Regierungsform zu einer definitiven zu machen, sondern um Mittel zu gewinnen, vollständiger wie bisher seine Pflichten gegen das Land und die Versammlung zu erfüllen. Unter dem Kaiserreich habe er Freiheiten verlangt, welche er für notwendig gehalten, heute verlange er Einrichtungen, die ihm notwendig erschienen. Vor Allem sei erforderlich, daß die Regierungsgewalt Bestand gewinne, und er müsse den Gesetzentwurf besonders deshalb befürworten, weil sich das Bedürfnis des Zusammenhalts und einer gewissen Übereinstimmung der Parteien gebieterisch geltend mache. Er hoffe, die Versammlung werde nicht auseinandergehen, ohne Einrichtungen hinterlassen zu haben, in welchen die Ordnung einen Stützpunkt finde. Während die monarchischen Parteien die aufrichtige Überzeugung hätten, daß die Monarchie die einzige mögliche Regierungsform sei, glaubten die Republikaner ebenso an die alleinige Möglichkeit der Republik. Dieser Gegensatz der Meinungen nötige zur Toleranz. Nichtsdestoweniger werde die Regierung, welche das Gleichgewicht unter den Parteien aufrecht zu erhalten sucht, angeklagt, ihr Spiel mit demselben zu treiben, während doch Unparteilichkeit der einzige Beweisgrund ihres Verhaltens sei. Thiers hob sodann hervor, daß der Vertrag von Bordeaux auf die gegenwärtigen Verhältnisse ebenso gut Anwendung finde wie auf die politische Sachlage, aus welcher er hervorgegangen. Er habe gegen keine Partei sich der Untreue schuldig gemacht. Die Pakt von Bordeaux bezeichnete für die einen Sicherung der gegenwärtigen Zustände, für die andere die Freiheit, welche die Zukunft bringen werde. „Für mich bedeutet dieselbe Treue und loyale Erfüllung meiner Pflichten.“ Der Präsident deutete als dann auf die Beendigung der Okkupation hin und hob hervor, daß der Augenblick der Befreiung nahe sei und daß es von der Weisheit der Versammlung abhänge, die betreffende Frist noch zu verkürzen. „Wir haben ein zweifaches Vaterland zu verteidigen, unser vaterländischen Boden und dann den Zustand der Ordnung und Ruhe. Gern würden wir mit unserem Blut den Boden unseres Vaterlandes befreien, es ist uns wenigstens gelungen, die Ordnung wieder herzustellen. Vertrauen und Wohlstand kehren wieder.“ Es sei nicht ratsam, die Republik förmlich zu proklamieren, aber es müsse etwas geschehen, um gegenwärtig das Provisorium zu konsolidieren. Das sei die in der Botschaft ausgedrückte Meinung gewesen. Die Versammlung hatte die Aufgabe, den Frieden abzuschließen und alsdann die Befreiung des Territoriums herbeizuführen. Sei dies erreicht, so habe sie ihr Mandat erfüllt. Gegenüber dem Widerspruch, der sich von der rechten Seite gegen diese Aeußerung erhebt, erklärt Thiers: Er versiehe darunter nicht die Auflösung der Versammlung an einem bestimmten Tage, aber man dürfe doch annehmen, daß noch dieses Jahr das Ende ihrer Arbeiten seien werde. Uebrigens sei die Republik die legale Regierungsform des Landes. Als man darauf von verschiedenen Seiten den nur provisorischen Charakter der Republik betont, fährt Thiers fort: Es handle sich nicht darum, die definitive Republik zu begründen, jedenfalls aber müsse die Republik konservativ sei. Eine Monarchie sei augenblicklich unmöglich. Der Präsident schließt, indem er der Versammlung dringend empfiehlt, behufs Erreichung eines patriotischen Zwecks tolerant zu verfahren. Er werde die Republik als anvertrautes Pfand treu bewahren, möge nur die Versammlung den vorliegenden Gesetzentwurf, welcher durchaus im Interesse des Landes liege, annehmen. (Lebhafte Beifall in beiden Zentrums.) Es folgt darauf die Annahme der Einleitung mit 475 Stimmen gegen 199.

## Angekommene Freunde vom 5. März.

JULIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Rittergutsbes. Graf v. Kleist a. Ilgen, Frau Iffland u. Fam. a. Chlebowo, Frau Kennemann und Tochter a. Kleika, Reimers u. Fam. a. Laerwitz, Mathees a. Hohenkarzig, die Kauf. Holzhausen a. Wien, Rubin a. Daunenberg, Wiedemann a. Odenkirchen, Proskow a. Berlin, Tamulin a. Osterode, Kohl a. Breslau, Pleßner a. Bromberg, Klee u. Sohn aus Sagan, Koch a. Berlin, Eichenwald a. Braunschweig, Rentier Graf Münster a. Wien, die Fabrikbesitzer Pietzschmann a. Bromberg, Preibisch aus Krakow, Baumeister Menz a. Bromberg.

HOTEL DE ROME. Julius Buckow, Rittergutsbes. Bardt a. Lubasz, die Kauf. Schmidt a. Berlin, Richter a. Cöln a. R., Glück a. Berlin, Falkenfeld a. Berlin, Kirchstein aus Lübeck, Engels aus Remscheid, Illn a. Magdeburg, Eickstein a. Erfurt, Peterken a. Strasburg, Weisenräder a. Elbing, Offenbach a. Berlin, Goldstein a. Danzig, Br. Lieut. Schaefer a. Frankfurt a. O., Ing. Lieut. Nath a. Berlin, Kaspari a. Breslau, Kauf. f. Lubasz, f. Dom. Dir. Molinat a. Reisen.

HOTEL DE BERLIN. Die Rittergutsbes. Mittelstaedt a. Powowiec, Kitzelhaus a. Preußen, Morgenstern a. Starczyn, Scharffenberg aus Kobeln, Napieralowicz a. Lecklin, Gradecki a. Lecklin, Moszczynski a. Skoraczy, die Pröbstle Talaczynski a. Birke, Porant a. Lissa, Kaufm. Tepper a. Neutomysl.

THIERS' HOTEL GARNI. Die Rittergutsbes. Adler a. Victoria und v. Skarzewski a. Sibiry, die Gutsbes. Kryszewski a. Bromberg und v. Babkow a. Griesen, die Kauf. Wehr a. Naumburg, Kirchner a. München, Menzel a. Stettin, House a. Hamburg, Monstki a. Breslau, Weber a. Cöln und Krieg a. Berlin, Reuter v. Ponieckski a. Berlin, Oberlehrer Mildinger a. Breslau, Kontrolleur Frose a. Starogard, Hauptm. Habermann a. Berlin, Ingenieur Haubner a. Halle, Bank-Direktor v. Culen a. Berlin, Oberinsp. Kopidorski a. Breslau, Dr. Muliniski a. Breslau, Reg.-R. Konstanze a. Breslau, Cons.-Dir. Clemm a. Rostock, Brobst Bendowski a. Biedice, Dist.-Kommiss. Schade a. Kobelin, Techniker Schlichting a. Bromberg, Fr. Janzen a. Gnesen, Fr. Milch a. Frankfurt, Rent. Mad. Berbe u. Sohn a. Kulm, Baumeister Wiesler a. Dirschow.

